



Europäische
Kommission

DIE CHANCE NUTZEN: AUF DIE BÜRGER DER EU ZUGEHEN

*Bericht von Luc Van den Brande,
Sonderberater des Präsidenten der Europäischen Kommission*

KURZ GEFASST

Oktober 2017

Die EU hat in jüngster Zeit eine massive Identitätskrise durchgemacht, die durch beträchtliche wirtschaftliche und soziale Herausforderungen, eine zunehmende EU-Skepsis und Extremismus ebenso geprägt war wie durch bisher ungekannte Zeichen des Misstrauens, die dem europäischen Projekt seit Beginn des neuen Jahrzehnts von der Bevölkerung entgegengebracht wurden. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, sieht deshalb eine der wichtigsten Aufgaben seiner Amtszeit darin, nach der Krise wieder Brücken zu schlagen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Dazu hat er vor allem zwei Stoßrichtungen vorgeschlagen, nämlich die EU-Politik auf die wichtigsten Herausforderungen zu fokussieren und die demokratische Legitimität zu stärken.

In diesem Zusammenhang hat Präsident Juncker den ehemaligen Ministerpräsidenten Flanderns und früheren Präsidenten des Europäischen Ausschusses der Regionen, Luc Van den Brande, zu seinem Sonderberater für den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern ernannt. Zu seinem Mandat gehörte auch die Erstellung eines Berichts, der auf die Frage eingeht, wie sich eine engere Bindung zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern schaffen lässt.

Der Van-den-Brande-Bericht ist eine Bestandsaufnahme der Kommunikationsaktivitäten der Kommission. Als autonom erarbeitetes Dokument gibt er nicht zwangsläufig die Meinung der Kommission wieder. In dem Bericht werden die Synergien untersucht, die mit anderen Akteuren auf europäischer und nationaler Ebene bei der Förderung des Dialogs mit der Öffentlichkeit erzielt werden, und es wird ein Rahmen für ein Europa abgesteckt, das stärker auf die Bürger eingeht. Zudem wird darin erläutert, wie neue Formen der Partnerschaft mit kommunalen und regionalen Behörden/Institutionen und die Kommunikationstechnologien dazu beitragen können, neue Brücken zu den Bürgern zu schlagen. Auch wird in dem Bericht die große Bedeutung von Europas Jugend als Schlüsselpartner unterstrichen. Abschließend finden sich konkrete Leitlinien und Empfehlungen für die Kommunikation. Der Bericht kann hier abgerufen werden: https://ec.europa.eu/commission/publications/reaching-out-eu-citizens-new-opportunity_de.

EINE NEUE BEZIEHUNG ZWISCHEN DER EU UND IHREN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN AUFBAUEN

Sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Lage entwickeln sich positiv. Die europäische Wirtschaft befindet sich definitiv auf dem Weg aus der Krise. Das Vertrauen in die EU-Institutionen ist wieder erstarkt. Nach der im Mai 2017 durchgeführten Standard-Eurobarometer-Umfrage 87 verstehen sich 68 % der Befragten als EU-Bürger, 56 % sehen die Zukunft der EU optimistisch. Die Europäische Kommission und die anderen EU-Organe sind jetzt gefordert, diesen Schwung mitzunehmen und mit der breiten Öffentlichkeit mit einem neuen Konzept – und mit einer neuen **Einstellung** – in Kontakt zu treten.

In diesem Zusammenhang sprach Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union 2017 davon, den Wind in den Segeln der EU zu nutzen. Juncker bekannte sich zudem zu einer positiven Agenda – für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt – und zur Fortsetzung der Debatte über die Zukunft Europas, die bis zur Europawahl im Juni 2019 geführt werden soll.

Dem Bericht zufolge ist es wichtiger denn je, dass in der Europäischen Union die Bürgerinnen und Bürger im Zentrum des politischen Handelns stehen. Um das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederzugewinnen, wird vorgeschlagen, in vier einander ergänzenden Bereichen unverzüglich tätig zu werden:

- Es sollen politische Strategien konzipiert werden, die den Bedenken der Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen. Die Menschen erwarten nicht nur **Fakten**, sie wollen sich auch in **Entscheidungen** einbringen, über die sie diskutieren und nach denen sie anschließend ihr Handeln ausrichten können.
- Es geht darum, eine echte und sinnvolle partizipative Demokratie Wirklichkeit werden zu lassen, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, zu Protagonisten des politischen Handelns in der Union zu werden. Durch diese Beteiligung, die sich durch neue Formen von Partnerschaftsvereinbarungen vor allem auf kommunaler und regionaler Ebene erreichen ließe, würden sich die Menschen stärker mit dem Projekt als Ganzes identifizieren. Außerdem muss die EU das Know-how von Vertretern der Zivilgesellschaft, die oft neue Lösungen entwickeln, voll und ganz anerkennen und nutzen.
- Neue Kommunikationsmittel sollen in vollem Umfang so eingesetzt werden, dass Inhalte für die Bürgerinnen und Bürger leichter zugänglich sind und von ihnen selbst generiert werden können. Dies betrifft auch EU-Themen, die für den Alltag der Menschen unmittelbar relevant sind. Neue Technologien und vor allem die sozialen Medien machen es den Bürgern möglich, sich direkt zu Wort zu melden, und verleihen den Menschen in ganz Europa eine Stimme.
- Es gilt, einen neuen Zugang zu jungen Leuten als vorrangiger Zielgruppe zu schaffen, das Interesse jüngerer Generationen mit einem wertebasierten Diskurs zu wecken und ihnen Instrumente für künftige Führungsaufgaben im Rahmen des europäischen Projekts an die Hand zu geben. Angesichts der Tatsache, dass mehr als 40 % der Europäerinnen und Europäer jünger als 35 Jahre sind, gelten junge Leute mehr als je zuvor als die wichtigsten Kommunikations- und Dialogpartner.

ZENTRALE VORSCHLÄGE

In dem Bericht ist ein breites Spektrum an Vorschlägen enthalten. Die erste Gruppe betrifft die Umsetzung der partizipativen Demokratie in den EU-Organen. Aus Sicht des Verfassers bieten bereits der Vertrag und bestehende Instrumente eine breite Palette von Möglichkeiten, die es nun zu sondieren gilt, zumal die Förderung des Dialogs zwischen Bürgern auf europäischer Ebene äußerst begrüßenswert ist. Dies gilt umso mehr, als junge Leute eine stärker maßnahmenorientierte und eine sachbezogenere Politik bevorzugen. Der Dialog zwischen Bürgern und Organen muss intensiviert und möglichst weit für Beiträge aus der breiten Öffentlichkeit geöffnet werden. Die Themen auf der Tagesordnung müssen sich klar an die Basis richten, Bürgerinnen und Bürger müssen in einem reformierten Modell, in dem Konsens von unten nach oben entsteht, mitsentscheiden können.

Der Bericht empfiehlt eine neue Generation von Partnerschaftsvereinbarungen für die Kommunikation zwischen den Organen und den Mitgliedstaaten, auf die die Verantwortung für die Information der Bürger über EU-Themen aufgeteilt werden soll. Diesbezüglich scheinen neue Partnerschaften mit regionalen und kommunalen Behörden die beste Möglichkeit zu sein, an die Bürgerinnen und Bürger heranzutreten, weil diese Behörden vor Ort sind und dies die Kontaktaufnahme erleichtert. In dem Bericht wird auch unterstrichen, dass es notwendig ist, im Rahmen der Bildung und Ausbildung stärker auf die europäische Dimension einzugehen und junge Menschen mit ganz verschiedener Herkunft und unterschiedlichen Begabungen besser auf ein Zusammenleben **im Dialog** vorzubereiten. In der aktuellen Debatte über die Zukunft Europas sollte die soziale Relevanz der Bildung umfassend thematisiert werden. In dem Bericht wird auch hervorgehoben, wie wichtig es ist, Bürgerinnen und Bürger in der gemeinsamen demokratischen Ordnung der Union auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene umfassend einzubinden.

Die Vorschläge beziehen sich auch auf die derzeit laufenden Aktivitäten der Kommission. Beispielsweise auf die **Bürgerdialoge**, die die Kommission regelmäßig in der gesamten EU organisiert, damit die EU mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt kommt: Zwischen Januar 2015 und September 2017 fanden in 145 Städten 333 Bürgerdialoge statt. Die Rolle der mehr als 500 **Europe-Direct-Zentren** als maßgebliche Partner für die Interaktion mit den Bürgern und für deren Kontakte zur EU sowie als Anlaufstellen für die Informationsvermittlung sollte aufgewertet werden.

In dem Bericht sind 15 Leitlinien für bessere Kommunikationsmaßnahmen enthalten, die von einer stärkeren Koordination zwischen den EU-Organen und den Mitgliedstaaten bei der Vermittlung europäischer Themen bis hin zu einer neuen Generation von Bürgerdialogen, an denen auch Persönlichkeiten aus Kultur, Kunst und Sport beteiligt sein sollen, reichen.

Der Bericht schließt mit 15 weiteren allgemeinen Empfehlungen. Vorgesehen sind beispielsweise von der Basis ausgehende, dezentrale „Bürgerversammlungen“ als Forum für Überlegungen und Diskussionen über die Zukunft Europas sowie – auf den Erfahrungen mit Erasmus+ basierende – neue Programme für Austausch und Vernetzung, die sich unter anderem an Lokalpolitiker richten.

Der Lebenslauf von Herrn Van den Brande ist hier zu finden: https://ec.europa.eu/info/files/cv-luc-van-den-brande_en.